



Udi Greenberg

# Weimarer Erfahrungen

Deutsche Emigranten  
in Amerika und die  
transatlantische  
Nachkriegsordnung



Udi Greenberg: Weimarer Erfahrungen

LEIBNIZ-INSTITUT  
FÜR JÜDISCHE GESCHICHTE UND KULTUR –  
SIMON DUBNOW

A handwritten signature in grey ink, appearing to read 'S. Dubnow', is centered below the text. The signature is fluid and cursive, with a large initial 'S' and a long, sweeping tail.

Udi Greenberg

# Weimarer Erfahrungen

Deutsche Emigranten in Amerika und  
die transatlantische Nachkriegsordnung

Aus dem amerikanischen Englisch  
von Felix Kurz

Vandenhoeck & Ruprecht



Diese Maßnahme wird mitfinanziert  
durch Steuermittel auf der Grundlage  
des vom Sächsischen Landtag  
beschlossenen Haushaltes.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <https://dnb.de> abrufbar.

Die englische Originalausgabe:

Udi Greenberg: *The Weimar Century. German Émigrés  
and the Ideological Foundations of the Cold War*  
© 2014 by Princeton University Press

© 2021 Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen, ein Imprint der Brill-Gruppe  
(Koninklijke Brill NV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA;  
Brill Asia Pte Ltd, Singapore; Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland)  
Koninklijke Brill NV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill Schöningh,  
Brill Fink, Brill mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, Verlag Antike und V&R unipress.  
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen  
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Mit 9 Abbildungen

Umschlagabbildung: Kundgebung gegen die Berlin-Blockade auf  
dem Platz der Republik vor dem Gebäude des Reichstags in Berlin  
am 9. September 1948 (Ausschnitt). © akg-images.

Lektorat: Jörg Später, Freiburg i. Br.

Satz: textformart, Göttingen | [www.text-form-art.de](http://www.text-form-art.de)

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)**

ISBN 978-3-647-37058-3

# Inhalt

<b>Danksagung</b> . . . . .	7
<b>Einleitung</b> . . . . .	11
Kapitel 1	
<b>Auf der Suche nach »verantwortungsbewussten Eliten«: Carl J. Friedrich und die Reform der Universitäten</b> . . . . .	35
Protestantische Legitimation und Elitebildung in Heidelberg . . . . .	38
Das Heidelberger Projekt in den Vereinigten Staaten: Eine neue amerikanische Universität . . . . .	54
Universitäten im Kalten Krieg: »Verantwortungsbewusste Eliten« in Amerika und Deutschland . . . . .	64
Kapitel 2	
<b>Sozialistische Reformen, Rechtsstaat und das Werben um die Arbeiterschaft: Ernst Fraenkel und das Konzept der »kollektiven Demokratie«</b> . . . . .	83
Demokratie, Arbeiterbewegung und Recht in Frankfurt am Main und Berlin . . . . .	86
Soziale Demokratie und amerikanische Macht: Fraenkel in den Vereinigten Staaten und Korea . . . . .	96
Die deutsche Linke und der Kalte Krieg . . . . .	113
Kapitel 3	
<b>Konservativer Katholizismus und amerikanische Stiftungen: Waldemar Gurian, die »personalistische Demokratie« und der Antikommunismus</b> . . . . .	125
Katholizismus, »Personalismus« und Demokratie im Rheinland: Die Ursprünge von Gurians Denken . . . . .	128
Der Weg zur »Totalitarismustheorie«: Die personalistische Exil-Kampagne gegen den Nationalsozialismus . . . . .	139
Personalismus und amerikanische Stiftungen: Transatlantische Demokratie und Antikommunismus . . . . .	148

Kapitel 4

**Individuelle Freiheiten und die »wehrhafte Demokratie«:**

**Karl Loewenstein und der aggressive Liberalismus** . . . . . 171

Dissens unter liberalen Demokraten . . . . . 173

Die Geburt der »wehrhaften Demokratie« und  
Diplomatie in Lateinamerika . . . . . 182

Die »wehrhafte Demokratie« und der Kalte Krieg  
in Westdeutschland . . . . . 198

Kapitel 5

**Vom Völkerbund nach Vietnam: Hans J. Morgenthau und  
die realistische Reform der internationalen Beziehungen** . . . . . 209

Die internationale Politik, das Recht und der Krieg . . . . . 211

Morgenthau und der amerikanische Machtapparat im Kalten Krieg . . 222

Macht und Moral: Die Opposition zur Intervention in Vietnam . . . . 232

**Schlussbemerkungen** . . . . . 249

**Anmerkungen** . . . . . 257

**Abkürzungen** . . . . . 291

**Quellen und Literatur** . . . . . 293

Ungedruckte Quellen . . . . . 293

Gedruckte Quellen und Forschungsliteratur . . . . . 294

**Register** . . . . . 317

## Danksagung

Dieses Buch wurde über viele Jahre an vielen verschiedenen Orten geschrieben – in Jerusalem, Berlin, Leipzig, Madison, Berkeley und Hanover –, und in allen Phasen erfuhr ich eine großzügige Unterstützung von Freundinnen und Freunden, Kolleginnen und Kollegen und Institutionen. Ihnen allen endlich danken zu können, ist mir eine große Freude.

Mein Dank gilt zunächst den vielen auf die europäische Geistesgeschichte und Politik spezialisierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die meine Arbeit kommentiert, mich außerordentlich ermutigt und mir wertvolle Ratschläge gegeben haben. Sie haben mir bei der Entwicklung meiner Gedanken geholfen und mich vor peinlichen Fehlern und falschen Auffassungen bewahrt; in den besten Passagen des Buches werden sie ihre Erkenntnisse wiederfinden. Aber sie werden auch bemerken, an welchen Stellen mich meine Sturheit dazu verleitet hat, ihren Rat zu übergehen. Steven Aschheim, Moshe Zimmermann und Dan Diner haben mich während meines Graduiertenstudiums in Jerusalem bei den ersten Schritten zu diesem Buch betreuend begleitet. Malachi Hacoheh war mit klugen Anmerkungen zur Stelle, als ich das Projekt überdachte und eine neue Fassung zu schreiben begann. Samuel Moyn und Jan-Werner Müller machten sich die Mühe, einen vollständigen Entwurf des Manuskripts zu lesen, nach Dartmouth zu kommen und einen Tag lang mit mir zu diskutieren, was ungemein hilfreich war. Sie bekräftigten mich, manches Problem neu zu überdenken, und machten umsichtige Verbesserungsvorschläge. Peter Gordons scharfsinnige Kritik hatte erheblichen Einfluss auf die Endfassung. Er drängte mich dazu, meine Urteile über Weltanschauungen und ihre politischen Folgen explizit zu formulieren.

Ferner sind dem Buch der wertvolle Rat von Michael Brenner, Arie Dubnov, Martin Jay, Rudy Koshar, Michael Gordin, Adi Gordon, Jerry Muller, Anson Rabinbach, Jeremi Suri und Noah Strote zugutegekommen. Mein Dank gilt auch Ofer Ashkenazi, James Chappel und Giuliana Chamedes, die die ersten Fassungen dieses Textes mit großer Sorgfalt lasen. Besonders dankbar bin ich außerdem meiner Lektorin bei Princeton University Press, Brigitta van Rheinberg, deren Klugheit und Professionalität das Buch auf ein höheres Niveau gebracht haben. Eine anregendere und großzügigere wissenschaftliche Begleitung kann ich mir nicht vorstellen.



Danken möchte ich auch meinen damaligen Kolleginnen und Kollegen am Dartmouth College für wertvolle Ratschläge, Betreuung und Hilfe: Chris Hardy Wohlforth, Leslie Butler, Bill Wohlforth und Klaus Mladek, Ed Miller und Bob Bonner, Cecilia Gaposchkin und George Trumbull, Susannah Heschel, Nancy Marion und den Studierenden Caitlin O'Neil, Emily Tomlinson, Andrew Park, Rebecca Jacobson und Ben Levander, nicht zuletzt Becky Kohn, die mit ihren geradezu »übernatürlichen« Fähigkeiten als Lektorin unverständliche Passagen des amerikanischen Originals in einen lesbaren Stil gebracht und den Text in vielfältigerer Weise verbessert hat, als ihr bewusst ist.

Dank gilt ebenso den vielen Programmen und Institutionen, die über Jahre hinweg meine Forschung gefördert haben. Dazu zählen der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD), das israelische Bildungsministerium, das Leibniz-Institut für jüdische Geschichte und Kultur – Simon Dubnow in Leipzig, die Studienstiftung des deutschen Volkes, die Fakultäten für Geschichte der Universitäten Berkeley und Wisconsin-Madison, die Walter and Constance Burke Research Initiation und das Rockefeller Center am Dartmouth College. Besonderen Dank schulde ich John Tortorice vom George Mosse Program der Universität Wisconsin-Madison.

Für ihre unschätzbare Hilfe möchte ich auch den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Archiven und Bibliotheken danken. In Europa besuchte ich das Bundesarchiv Koblenz, das Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, die Kommission für Zeitgeschichte in Bonn, die Universitätsarchive der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und der Freien Universität Berlin, das Münchner Institut für Zeitgeschichte, die British Library in London und die London School of Economics; in den Vereinigten Staaten die National Archives, College Park, Maryland, das Leo Baeck Institute in New York, die Harvard University, die Library of Congress in Washington, D. C., die Seeley G. Mudd Manuscript Library an der Princeton University, die Rockefeller Foundation Archives in Tarrytown, N. Y., die University of Notre Dame, das Amherst College, die New York Public Library, das Hoover Institute, die Stanford University und die Bibliothek des Dartmouth College.

Inhalt und Protagonisten dieses Buches mögen eine Veröffentlichung auch in deutscher Sprache selbstverständlich erscheinen lassen, und doch ist sie es nicht angesichts der Anstrengungen, die mit einem solchen Projekt verbunden sind. Eine umso größere Freude war es für mich, dass diese Übersetzung am Dubnow-Institut in Leipzig realisiert werden konnte. Als Gast habe ich das Haus kennengelernt, als es noch unter der Leitung von Dan Diner stand; während des Direktorats von Raphael Gross ist die Idee zu diesem Projekt geboren worden und unter der Ägide seiner Direktorin Yfaat Weiss, die es sofort in jeder Hinsicht gefördert hat, wurde es nun zu einem Abschluss

gebracht. Sein Herzstück, die hervorragende Übersetzung, hat Felix Kurz angefertigt; das hierauf folgende umsichtige Lektorat Jörg Später; um die redaktionelle Vereinheitlichung von Text und Bibliografie sowie das Register haben sich wesentlich gekümmert Ludwig Decke, Svenja Kipshagen und Margarita Lerman; und Felix Pankonin schließlich war in inhaltlichen Sachfragen, auch spontan, stets ansprechbar. Allen Genannten, und im Besonderen Petra Klara Gamke-Breitschopf, die das gesamte Projekt in all seinen Stadien mit großem Engagement begleitet hat, gilt mein herzlicher Dank.

Am allermeisten verdanke ich jedoch meiner Familie. Meine Eltern Ofra und Avner und mein Bruder Noam boten mir ein ebenso geistig anregendes wie liebevolles Umfeld. Die Millers – Cathy, Bob, Chris, Lucas und Rose – nahmen mich in ihre Familie auf und beherbergten mich bei zahllosen Besuchen und Forschungsaufenthalten. Durch ihre Unterstützung fühlte ich mich in einem mir bis dahin noch fremden Land wie zu Hause. Doch vor allem ist es meine Frau Jennie, der ich Dank schulde und der ich dieses Buch widme. Sie ist seit Jahren meine intellektuelle Weggefährtin und hat mein gesamtes Denken über Geschichte, Politik und Ideen geprägt. Sie hat jedes Wort jeder Fassung mit einer Sorgfalt und Geduld gelesen, die mich immer wieder erstaunt haben. Das Leben, das wir uns mit unserer Tochter Elizabeth und unserem Sohn Daniel aufgebaut haben, ist für uns das Herz und der Mittelpunkt unseres Jahrhunderts.



## Einleitung

Im Sommer 1948 bestand in Deutschland wenig Grund zu Optimismus. Drei Jahre nach dem verheerendsten Krieg der Geschichte lagen viele Städte noch immer in Trümmern, Flüchtlinge und verwundete Kriegsveteranen irrten durch die Straßen und die Menschen hungerten. Obwohl im Rahmen des Marshallplans erste Hilfslieferungen über den Atlantik eingetroffen waren, rechneten die meisten Deutschen mit vielen Jahren der Armut und Trostlosigkeit. Schlimmer noch: Die Konflikte zwischen den einstmaligen Alliierten Sowjetunion und USA entwickelten sich zu einem »kalten Krieg«, der jederzeit in einen »heißen« umschlagen konnte, und zwar auf deutschem Boden. Diese beiden neuen Supermächte waren jeweils entschlossen, an ihrer Kontrolle über Deutschland festzuhalten, selbst um den Preis einer Teilung der besiegten Nation. Im Juni 1948 hielt die Welt den Atem an: Nachdem sowjetische Truppen eine Blockade gegen die Westsektoren Berlins verhängt hatten, versorgten amerikanische und britische Flugzeuge die belagerte Stadt aus der Luft; die Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten waren gescheitert. Neun Monate später endete zwar die Blockade, aber sie zeigte eindrucksvoll, wie tief das Misstrauen zwischen Amerikanern und Sowjets inzwischen war. Die Teilung Deutschlands in zwei Staaten war unvermeidlich geworden. Der vollständigen Kapitulation folgte das Ende des alten Traums eines vereinten Deutschlands. Für viele war die »deutsche Katastrophe« (Friedrich Meinecke) damit perfekt.

Carl J. Friedrich (1901–1984), oberster Rechtsberater des amerikanischen Militärgouverneurs in Deutschland General Lucius Clay, zeigte sich dagegen erstaunlich optimistisch. Im August, zwei Monate nach Beginn der Berlin-Blockade, berichtete er Clay hochzufrieden, seine Mission, die westlichen Besatzungszonen in eine dezentralisierte, demokratische und friedliche Republik umzustrukturieren, näherte sich ihrem erfolgreichen Abschluss. Nachdem er im Auftrag Clays zahllose Treffen deutscher Rechtsexperten, demokratisch gewählter Lokalpolitiker und Angehöriger der amerikanischen Militäradministration geleitet hatte, wirkte er an den Entwürfen für das Grundgesetz und die neuen Landesverfassungen mit. Sie wurden wenig später von den Parlamenten, die die amerikanischen und britischen Machthaber in ihren Besatzungszonen geschaffen hatten, ratifiziert und bildeten für den Rest des 20. Jahrhunderts das rechtliche Fundament des westdeutschen

Staates. Friedrich arbeitete auch mit großem Engagement an der Konzeption von Bildungsprogrammen mit, die Deutsche zu demokratischem Denken erziehen sollten. Mit Unterstützung der Rockefeller Foundation und amerikanischer Diplomaten war er an der Gründung der Freien Universität (FU) in West-Berlin beteiligt, erstellte das Konzept für ein neues demokratisches Forschungszentrum in Heidelberg sowie Lehrpläne, die bald von Universitäten in der gesamten Bundesrepublik übernommen wurden. In Friedrichs Augen war die Teilung Deutschlands – in Anbetracht der ermutigenden Aussicht auf eine Demokratisierung der drei Westzonen – keine Tragödie.

Friedrich glaubte an eine tiefgreifende Veränderung des Landes. In Deutschland geboren, hatte er die 1930er und 1940er Jahre als emigrierter Wissenschaftler am Department of Government der Harvard University verbracht und dort zahlreiche führende Akademiker, Politiker, Militärs und Stiftungsvertreter kennengelernt. In den von ihm geschaffenen Graduiertenprogrammen, Forschungszentren und Bildungsinstituten – etwa der Harvard School for Overseas Administration (HSOA) – wurden Tausende Studierende auf die für sie vorgesehenen politischen und militärischen Karrieren nach dem Krieg vorbereitet, wenn die USA die globale Führungsrolle übernehmen würden. Friedrich selbst avancierte sowohl in den Vereinigten Staaten als auch in der Bundesrepublik zu einem namhaften antikommunistischen Intellektuellen. Mit einer Fülle von Schriften, in denen er vor den Gefahren des weltweiten Kommunismus warnte und zu einem festen deutsch-amerikanischen Bündnis aufrief, zog er viele Leser in seinen Bann und gab Intellektuellen und Politikern wie David Riesman, Hannah Arendt und Henry Kissinger wichtige Anregungen. Friedrich schlüpfte in die Rolle eines bedeutenden Intellektuellen nicht nur hinsichtlich der Demokratisierung Westdeutschlands, sondern auch hinsichtlich der internationalen Politik im Kalten Krieg.

Vielen Zeitgenossen Friedrichs erschien diese Politik der Demokratisierung Deutschlands und des Antikommunismus als eine unmittelbare Reaktion auf das Grauen des Zweiten Weltkrieges und die furchterregende Bedrohung durch die Sowjetunion. Für Friedrich selbst handelte es sich allerdings genauso um eine Wiederbelebung älterer Gedanken und Netzwerke, die er als junger Politikwissenschaftler in der Weimarer Zeit entwickelt hatte – insbesondere seiner eigenwilligen Theorie der Demokratie und internationalen Kooperation, die mehrere Jahre vor der nationalsozialistischen Machtübernahme entstanden war. Friedrich zufolge sei die Demokratie nicht etwa aus der Aufklärung, sondern aus dem politischen Denken des deutschen Protestantismus im 17. Jahrhundert hervorgegangen. Sie habe somit authentische Wurzeln im eigenen Land, die Deutsche sich zu eigen machen sollten. Durch puritanische Auswanderer seien Protestantismus und Demokratie

dann von Deutschland nach Amerika gelangt, sodass die religiösen und politischen Fundamente beider Länder auf ähnlichen Prinzipien beruhten. Um das Überleben der Demokratie in Europa sicherzustellen, seien Deutschland und Amerika daher in der Gegenwart zur Herstellung einer internationalen protestantisch-demokratischen Allianz aufgerufen. Während der gesamten Weimarer Zeit war Friedrich bemüht, mit seinem Engagement für demokratische Lehrpläne und einen deutsch-amerikanischen Bildungs- und Kulturaustausch bei der Schaffung dieses Bündnisses voranzugehen. Dafür gewann er die Unterstützung amerikanischer Stiftungen und Politiker und ebnete so einen Weg, den er zwanzig Jahre später wieder betreten konnte. Neue Ideen hielt Friedrich in der postnazistischen Welt gar nicht für nötig – die demokratischen Theorien, Netzwerke und Institutionen, die er in den 1920er Jahren entwickelt und gegründet hatte, schienen ihm ein hinreichendes Rezept für die deutsche Demokratie und die internationale Stabilität nach dem Zweiten Weltkrieg zu bieten.

Mit dieser Verbindung von spezifischen theoretischen Leitbildern aus der Weimarer Ära, einem Eintreten für weitreichende demokratische Reformen und der Arbeit für das politische Establishment Amerikas stand Friedrich nicht allein. Viele emigrierte deutsche Intellektuelle schöpften aus dem Weimarer Ideenfundus, um einen Beitrag zum Wiederaufbau ihres Herkunftslandes und zur US-Hegemonie im Kalten Krieg zu leisten. Zu ihnen zählten der Sozialdemokrat Ernst Fraenkel (1898–1975), der nach dem Zweiten Weltkrieg eine bedeutende Rolle bei der US-Besatzung und Teilung Koreas spielte und in Westdeutschland einer der wichtigsten Autoren zu Fragen der Demokratie und Arbeiterbewegung wurde; Waldemar Gurian (1902–1954), ein katholischer Publizist, der nach 1945 für die Kulturprogramme der Rockefeller Foundation in Deutschland arbeitete, die antikommunistische »Totalitarismustheorie« prägte und sich in den Vereinigten Staaten als einer der namhaftesten Spezialisten für die Sowjetunion etablierte; der liberale Rechtsanwalt Karl Loewenstein (1891–1973), der während des Krieges im Auftrag des US-Justizministeriums unter anderem eine Masseninhaftierungskampagne in Lateinamerika leitete und später zu einem der führenden demokratischen und antikommunistischen Intellektuellen in Deutschland wurde; und Hans Morgenthau (1904–1980), dessen »realistische« Theorie internationaler Beziehungen großen Einfluss auf antikommunistische US-Diplomaten ausübte. Die religiösen, politischen und intellektuellen Hintergründe dieser Emigranten waren ganz unterschiedlich; jeder verfolgte eine eigene weltanschauliche Mission. Auf je eigene Weise und mithilfe verschiedener Institutionen wurden jedoch alle zu maßgeblichen Architekten der Demokratisierung und der antikommunisti-

schen Mobilisierung. Ihre Ideen, politischen Vorschläge und institutionellen Verbindungen gewannen eine zentrale Bedeutung für die atlantische Nachkriegsordnung.

Dabei hatten ungewöhnliche Pfade diese Emigranten aus der Weimarer Republik ins Zentrum der amerikanischen Macht geführt. Ihre Biografien sind bemerkenswert und eigentümlich, doch illustrieren ihre Karrieren gleichzeitig, wie im Fall Friedrich, drei wichtige intellektuelle und politische Trends der Nachkriegszeit. Erstens waren alle fünf federführend beim Wiederaufbau Deutschlands: Unterstützt und finanziert von amerikanischen Institutionen verbreiteten sie immer wieder Theorien über die Demokratie und die Gefahren des Kommunismus, beteiligten sich an kulturellen Reformen und Verfassungsentwürfen und konzipierten demokratisch ausgerichtete akademische Lehrpläne und Einrichtungen. In den späten 1950er Jahren waren ihre Auffassungen über die Legitimität demokratischer Institutionen und die Notwendigkeit einer antikommunistischen Mobilisierung zu Grundpfeilern der jungen Bundesrepublik geworden. Sie setzten auf starke staatliche Institutionen und auf den Konsens der demokratischen Kräfte gegen den Kommunismus. Dabei delegitimierten sie andere politische Leitbilder. Anhand der Lebensgeschichten dieser emigrierten Intellektuellen lassen sich die ideologischen Konturen der deutschen Nachkriegsordnung nachzeichnen – dem, wie Tony Judt es bezeichnet hat, »bemerkenswerteste[n] [...] Fall politischer Stabilisierung im Nachkriegseuropa«.<sup>1</sup>

Zweitens zeigen ihre Karrieren, dass die geistigen Ursprünge der Demokratisierung Deutschlands nicht in der Nachkriegsära lagen und der einschneidende Wandel nach 1945 auch nicht nur eine Reaktion auf den Nationalsozialismus war. Das politische Denken der fünf Emigranten beruhte vielmehr auf Erfahrungen aus der kurzlebigen Weimarer Republik, der aus der destruktiven Gewalt des Ersten Weltkrieges hervorgegangenen und 1933 durch die Machtübernahme der Nationalsozialisten beendeten ersten deutschen Demokratie. Die Weimarer Zeit war eine Ära großer demokratischer Erwartungen, aber auch ausgeprägter Gewalt und Instabilität. Die politischen und gesellschaftlichen Schwierigkeiten dieser Jahre schlugen sich in leidenschaftlich geführten Debatten über das Wesen demokratischer Politik nieder, an denen sich die späteren Emigranten als junge Männer mit einer Fülle von innovativen Theorien über den Charakter demokratischer Institutionen, das Verhältnis von Demokratie, Sozialstaat und Religion und über notwendige Reaktionen auf antidemokratische Kräfte beteiligten. Mit Nachdruck erklärten sie die Demokratie zur einzigen legitimen Ordnung, die folglich das Recht habe, mit Gewalt gegen ihre Feinde vorzugehen. Jahrzehnte später griffen sie beim Wiederaufbau Deutschlands auf diese Gedanken und Konzepte zurück

und brachten ältere Denkmuster, Bildungseinrichtungen und politische Rhetorik zu neuer Geltung.

Drittens, und von der Forschung am wenigsten berücksichtigt, geben die Lebensgeschichten von Friedrich, Fraenkel, Gurian, Loewenstein und Morgenthau Aufschluss über den Charakter der amerikanischen Macht und Politik im Zweiten Weltkrieg und dem frühen Kalten Krieg. Ihre Lebenswege zeigen exemplarisch, wie der emporstrebende amerikanische Leviathan europäische politische Ideen aufnahm und zu ihrer weltweiten Verbreitung beitrug. Als die globalen Konflikte mit dem Nationalsozialismus, dem japanischen Militarismus und schließlich dem Kommunismus ihren Lauf nahmen, begleiteten deutsche Emigranten amerikanische Militärs, Diplomaten und Privatorganisationen an unvermutete Orte: Sie betätigten sich als politische Berater in Korea, als Juristen in Lateinamerika, als Stiftungsvertreter im Rheinland und als Experten im Washingtoner Außenministerium. Nicht weniger wichtig waren ihre Schriften und Theorien, die dazu beitrugen, die amerikanische Demokratie zu einem Kreuzzug gegen den Kommunismus zu mobilisieren. In einer Flut von Zeitschriften, Büchern und Vorträgen stellten die fünf Emigranten kommunistische Regime als bösartige, gewalttätige und unaufhörlich expandierende Despotien dar und erklärten, wie demokratische Staaten sie bezwingen und zerstören könnten. Trotz aller feierlichen Bekenntnisse zu demokratischen Prinzipien hatte ihr Denken oftmals widersprüchliche, tragische und brutale Folgen – wie im vorliegenden Buch gezeigt werden soll, führte das Demokratieverständnis der Emigranten paradoxerweise häufig zu politischer Unterdrückung. Sie betrachteten die Demokratisierung Deutschlands und den Kampf gegen den weltweiten Kommunismus als voneinander untrennbare Projekte, die sich gegenseitig prägten und antrieben. Indem sie an beiden teilnahmen, schufen sie eine internationale Struktur, in der der Neuaufbau Deutschlands und der heraufziehende Kalte Krieg als zwei bedeutende Transformationen der Nachkriegsära zusammenwirkten.

Die in Weimar gelegten intellektuellen Fundamente waren wesentlich für die Architektur der Nachkriegspolitik in Westdeutschland und Amerika und die Allianz beider Staaten im Kalten Krieg. Ursprünglich zur Stärkung der fragilen Weimarer Republik entwickelt, förderten sie sowohl die Hinwendung Deutschlands zur Demokratie als auch die Mobilisierung beider Länder für den Kampf gegen den Kommunismus. Jedes Kapitel in diesem Buch widmet sich einem der fünf Emigranten, die jeweils einem bestimmten Milieu entstammten. Untersucht werden ihre Theorien aus der Weimarer Zeit, ihre Integration in die politischen, intellektuellen und diplomatischen Netzwerke im Amerika der Kriegsjahre und wie sie schließlich dazu beitrugen, Institutionen und Bevölkerungen für das westlich-demokratische Bündnis zu gewinnen.



Dabei werden zugleich allgemeine geistige und politische Strömungen in Deutschland und Amerika nach dem Krieg sichtbar gemacht. Zusammengekommen geben ihre Geschichten Einblick in die Ideen und Organisationen, Widersprüche und Erfahrungen, die den Kalten Krieg auf beiden Seiten des Atlantiks prägten. Sie erklären die intellektuellen Ursprünge gigantischer politischer Projekte.

## Das »Wunder« des deutschen Wiederaufbaus

Die zügige und tiefgreifende Verwandlung Deutschlands von einer rassistischen Diktatur in eine liberale Demokratie ist eine der außergewöhnlichsten Entwicklungen der modernen Geschichte. Nachdem die Deutschen noch im Angesicht der Kriegsniederlage erbittert für das Naziregime gekämpft hatten, vollzogen sie eine Kehrtwende und wurden binnen weniger Jahre zu Anhängern der Demokratie. Mit erstaunlicher Geschwindigkeit entwickelte eine vormals polarisierte und gewalttätige Gesellschaft demokratische Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, dynamische demokratische Normen und eine aktive, partizipatorische Öffentlichkeit. Dieser Wandel ist umso bemerkenswerter, wenn man bedenkt, wie massiv der Nazismus die deutsche Gesellschaft durchdrungen hatte. Hitler und seine Anhänger hatten sich nicht nur – wie jede Diktatur – der staatlichen Institutionen bemächtigt, sondern auch die Lehrpläne der Schulen, kulturelle Einrichtungen, Großunternehmen und Vereine – von Buchgesellschaften bis zu Wandergruppen – unter ihre Aufsicht gebracht und nazifiziert. Aus diesem Grund fasziniert Deutschlands Übergang zur Demokratie Politiker, Theoretiker und Reformer bis heute. Bei den US-Planungen für die Besetzung des Irak im Jahr 2003 zum Beispiel zogen die zuständigen Spezialisten ausgiebig die Literatur über die Besetzung Deutschlands und Japans zurate. In den Augen vieler Beobachter bleibt Deutschlands politischer Neuaufbau nach 1945 eines der größten »Wunder« des 20. Jahrhunderts.<sup>2</sup>

Wie lässt sich diese Veränderung begreifen? Was erklärt die Geschwindigkeit, mit der Deutsche unterschiedlicher politischer und religiöser Prägungen nicht nur demokratische Institutionen akzeptierten, sondern sich auch die demokratischen Normen der offenen Debatte und des friedlichen Wettstreits als wesentlichen Maßstab für politische Legitimität zu eigen machten? Die vielen Historiker, die diese Fragen zu beantworten versucht haben, nehmen gewöhnlich eine von zwei Perspektiven ein. Die verbreitetste Interpretation weist den Vereinigten Staaten die entscheidende Rolle zu. Zunächst während der Besetzung (1945–1949) und später im Zuge des Kalten Krieges investierte

die neue Supermacht massiv in den Wiederaufbau der politischen Institutionen, der Wirtschaft und des Bildungssystems in Deutschland, da sie fieberhaft bemüht war, Europa vor der Gefahr einer sowjetischen Vorherrschaft zu retten. Von 1945 an strömte ein Heer von amerikanischen Bildungsexperten, Gewerkschaftern, Unternehmern und Stiftungsvertretern in das zerstörte Land, um an seiner Neugestaltung mitzuarbeiten. Mehr als ein Jahrzehnt lang und mit immenser finanzieller, logistischer und politischer Unterstützung der US-Regierung schufen sie neue Bildungsprogramme, investierten in die politische Erziehung und versorgten das Land mit prodemokratischen, anti-sowjetischen Zeitschriften, Büchern und Radiosendungen. Trotz mancher Fehler und Rückschläge hätten, so meinen viele Historiker, die Vereinigten Staaten demnach mit Erfolg ihre eigenen Ideen und Normen durchsetzen können, was zur Folge gehabt habe, dass die Deutschen extremem Nationalismus und Gewalt abgeschworen und stattdessen den friedlichen politischen Wettstreit gutgeheißen hätten.<sup>3</sup>

Eine zweite Interpretation sieht den Wandel Deutschlands dagegen primär als das Werk der Deutschen selbst. Ungeachtet großer Anstrengungen mussten die Amerikaner demnach rasch zur Kenntnis nehmen, dass sie die kulturellen und geistigen Muster, die den Blick der Deutschen auf die Nachkriegswelt bestimmten, nicht im Alleingang ändern konnten. Wie viele zeitgenössische Beobachter enttäuscht bemerkten, konsumierten die Westdeutschen zwar amerikanische Kulturerzeugnisse, hörten amerikanische Rundfunksender und strömten ins Kino, um amerikanische Filme zu sehen, und doch hätten sie all dies jedoch genauso oft als Ausdruck einer »fremden« Kultur und Werteordnung missbilligt.<sup>4</sup> Viele Historiker sind deshalb der Auffassung, dass die Deutschen vor allem aufgrund der damaligen Situation und ihrer Erfahrungen in der Nachkriegszeit zu Anhängern der Demokratie wurden: Die Scham über die Nazi-Verbrechen, die wirtschaftliche Prosperität der 1950er Jahre und das Heranwachsen einer neuen Generation hätten demnach zu einer Wertschätzung friedlichen politischen Wettstreits geführt. Nach diesem Narrativ fanden die Deutschen eigenständig einen Weg zu demokratischen Ideen und Normen.<sup>5</sup>

Beide Interpretationen sind hilfreich, um Deutschlands grundlegenden Wandel in dieser Zeit zu begreifen – mehrere wichtige Faktoren der Demokratisierung bleiben dabei aber jeweils ausgeblendet. Die Demokratisierung war erstens kein Produkt eines alleinigen Wirkens amerikanischer oder deutscher Akteure, sondern resultierte aus einer anhaltenden Zusammenarbeit, zu der beide Seiten einen wesentlichen Beitrag leisteten. Keine Gruppe verkörperte diese Verbindung besser als die nach dem Krieg zurückkehrenden Emigranten. In der Dekade nach 1945 arbeiteten sie auf amerikanischer Seite

für das Militär, diplomatische Institutionen, Hilfsprogramme, akademische Einrichtungen und gemeinnützige Stiftungen; sie gründeten demokratische Forschungszentren in Heidelberg, Berlin und München, wendeten sich mit öffentlichen Kampagnen an die Arbeiterschaft und legten ihre demokratischen Theorien in zahllosen Büchern und Zeitschriften dar. Trotz ihrer Abhängigkeit von Wohlstand und Macht der Vereinigten Staaten waren die Rückkehrer allerdings keine bloßen Übermittler amerikanischer Ideen und Werte, sondern nutzten ihre Position auch zur Verbreitung eigener Vorstellungen. Das vielschichtige Projekt des demokratischen Neuaufbaus war das Produkt einer Symbiose, bei der sich anhaltender amerikanischer Druck und die Bemühungen deutscher Akteure unauflöslich miteinander verbanden.

Zweitens unterschätzen viele Historiker, die wirtschaftliche und politische Maßnahmen wie den Marshallplan, die 1948 erfolgte Einführung der D-Mark oder die Verabschiedung des Grundgesetzes im Jahr 1949 in den Vordergrund rücken, wie sehr demokratische Ideen und Theorien das Handeln der Beteiligten prägten. Nicht selten wird sogar behauptet, dass sich die Demokratisierung Deutschlands ohne jegliches geistige Gerüst vollzogen habe. Dieser verbreiteten Vorstellung folgt zum Beispiel Mark Lilla, wenn er von einer »Revolution ohne Ideen« spricht, einer merkwürdigen Wiedergeburt der Demokratie ohne demokratisches Denken.<sup>6</sup> Das Nachkriegsdeutschland war jedoch durchaus von lebhaften Debatten und Theorien geprägt. Gerade die Emigranten boten neue Begründungsmuster für demokratische Reformen an und wirkten an der Entwicklung einer neuen politischen Sprache mit. Sie vertraten die Auffassung, dass die Demokratie in religiösen Traditionen Deutschlands Wurzeln habe und machten es sich daher zur Aufgabe, ihre Landsleute davon zu überzeugen, dass die Demokratie kein fremdes, von den siegreichen Alliierten oktroyiertes System, sondern das Produkt einheimischer Ideen sei. Diesem Nachweis kultureller Traditionen, die auf eine natürliche, organische Weise demokratisch seien, diente ihre breit gefächerte, aus Vorträgen, Publikationen und Lehre bestehende Kampagne, die das politische Verhalten der Deutschen tatsächlich veränderte. Denn wie sich belegen lässt, fanden die Ideen der Rückkehrer ein großes Echo: Die Menschen, die ihre Bücher lasen, ihre Vorträge hörten oder die von ihnen mitaufgebauten Institutionen durchliefen, erkannten ihren Einfluss ausdrücklich an. Um das Verhältnis der damaligen Deutschen zur Demokratie zu verstehen, müssen folglich Entwicklung und Implementierung der Ideen und Theorien der Emigranten untersucht werden. Sie stellten ein wichtiges geistiges Arsenal für die demokratische Transformation Deutschlands bereit.<sup>7</sup>

Drittens schließlich setzen Darstellungen der Demokratisierung Deutschlands gewöhnlich 1945 ein und verschatten dadurch länger wirkende Konti-

nuitäten. Die meisten tendieren zu der Einschätzung, dass es »die Katastrophe« war, »die Deutschland demokratiefähig gemacht hat« (Peter Graf Kielmansegg).<sup>8</sup> Doch die für Westdeutschland prägenden politischen Ideen waren kein Produkt der Nachkriegswelt. Im vorliegenden Buch soll gezeigt werden, dass viele geistige Fundamente der Demokratisierung – ihrer Möglichkeiten wie auch ihrer Begrenzungen – aus den intensiven Kontroversen der Weimarer Ära stammten. Wie der Historiker Daniel Rodgers bemerkt hat, bringen Momente der Krise und des Umbruchs selten neue Ideen und politische Ansätze hervor. Wenn Gesellschaften eine radikale Transformation erfahren und alte Hierarchien und Institutionen zusammenbrechen, neigen die Menschen »zur Bewältigung einer völlig unerwarteten Situation eher dazu, auf althergebrachte und instinktive Werte zurückzugreifen«.<sup>9</sup> Trotz der gravierenden Folgen des totalen Krieges und der schweren Niederlage Deutschlands waren die an die Stelle des Nationalsozialismus tretenden demokratischen Konzepte nicht einfach eine Reaktion auf das Trauma des Zweiten Weltkrieges, auch wenn sie in der Nachkriegsära mehr Anziehungskraft entfalteten. Bei ihrem Engagement für die Demokratisierung griffen Intellektuelle auf ein geistiges Reservoir zurück, das aus den 1920er und 1930er Jahren stammte, als Deutschland erstmals mit einem demokratischen System experimentiert hatte. Historikerinnen und Historiker haben beträchtliche Energien darauf verwendet, Kontinuitäten vom »Dritten Reich« in die Bundesrepublik aufzudecken, doch waren die älteren und weniger klar erkennbaren Kräfte, die die beiden deutschen Republiken miteinander verbanden, mindestens genauso wichtig für Deutschlands Stabilisierung.<sup>10</sup> Ohne die Ideen und Traditionen aus der Weimarer Ära hätten die Deutschen die Demokratie nicht so rasch als ihr eigenes Projekt angenommen.

Deutsche Emigranten zählten nicht zufällig zu den wichtigsten Vermittlern der demokratischen Sprache und Theorien aus der Weimarer Zeit. Bis 1945 hatten die Nazis alle konkurrierenden kulturellen und geistigen Traditionen gnadenlos verfolgt oder kooptiert.<sup>11</sup> In den sechs Jahren von der nationalsozialistischen Machtübernahme 1933 bis zum Kriegsausbruch 1939 flohen rund 300 000 vom Regime als »undeutsch« oder »jüdisch« definierte Deutsche aus Mitteleuropa oder wurden von dort vertrieben. Auf ihrer Flucht vor der nationalsozialistischen Verfolgung nahmen sie jedoch eine demokratische Sprache und institutionelle Konzeptionen mit, die sich so dem Zugriff der Nazis entzogen. Ein Bruchteil der Emigrierten – weniger als 15 000 – kehrte nach 1945 zurück, um am Wiederaufbau Deutschlands teilzunehmen. Diese Zahl mag verschwindend gering erscheinen, doch indem die Rückkehrer ältere Theorien einer deutschen Demokratie als Quelle nationaler Erneuerung ins Feld führten, trugen sie maßgeblich zur Entwicklung geistiger Alternativen

zur bankrotten Naziideologie bei. Während über den Beitrag deutscher Exilantinnen und Exilanten zu Kultur, Musik, Journalismus, Medizin und Kunst zahlreiche Studien vorliegen, wird ihre wichtige Rolle beim Wiederaufbau Europas erst seit kurzer Zeit von der Historikerzunft erforscht. Durch ihr Engagement kehrten Ideen aus der Weimarer Ära nach Deutschland zurück, wo sie fortan zu wichtigen Grundpfeilern der politischen Stabilisierung wurden.<sup>12</sup>

Die Lebensgeschichten deutscher Emigrantinnen und Emigranten verweisen jedoch nicht nur auf bedeutende Kontinuitäten, die die Demokratisierung Deutschlands antrieben, sondern zeigen auch, wie unterschiedliche Bevölkerungsgruppen über die Demokratie dachten. Wie alle Nationen, war Deutschland nie ein homogenes Gebilde, sondern bestand aus verschiedenen Gruppen – Protestanten, Katholiken und Juden, Konservativen, Liberalen und Sozialisten – mit eigenständigen kulturellen, religiösen und politischen Traditionen. Friedrich, Fraenkel, Gurian, Loewenstein und Morgenthau hatten einen jeweils verschiedenen politischen und kulturellen Hintergrund. Jeder dieser Hintergründe – man könnte auch von Milieus sprechen – etablierte und fütterte eine demokratische Theorie mit spezifischen Eigenheiten und Ausprägungen. An jedem der fünf Emigranten lassen sich so zugleich allgemeine Verschiebungen nachzeichnen, die Protestanten und Katholiken, Sozialisten und Liberale zu einem bestimmten positiven Verständnis von Demokratie brachten. In ihnen spiegeln sich die intellektuellen Anstrengungen, offenkundigen Leerstellen und irritierenden politischen Versäumnisse, die diese Verschiebungen möglich machten. Zusammengefasst zeigen ihre Lebensgeschichten, dass die Transformation Westdeutschlands nach dem Krieg mehr als nur ein einziges Fundament hatte: Es gab nicht die eine entscheidende Idee, Entwicklung oder Gruppe, die Denken und Politik bestimmt hätte. Vielmehr lässt sich Deutschlands Wiederaufbau am ehesten als ein Zusammenfließen unterschiedlicher individueller und kollektiver Wandlungsprozesse verstehen. Nur durch eine Betrachtung dieser Veränderungen in ihrer Gesamtheit kann Deutschlands Weg zu demokratischen Werten und Normen umfassend nachvollzogen werden.

Emigrantinnen und Emigranten hatten nicht nur Anteil an den Veränderungen innerhalb der deutschen Gesellschaft, sondern auch an der internationalen Neuausrichtung des Landes. In den Jahren nach der amerikanischen Besatzung gab die Bundesrepublik das frühere deutsche Streben nach kontinentaler Vorherrschaft auf und wurde zu einem überzeugten Mitglied der westlichen Allianz. Unter dem Banner der »Westintegration« unterstellte die Regierung das deutsche Militär der NATO, schloss ein festes Bündnis mit Amerika und schränkte bereitwillig die eigene Souveränität ein, indem sie der Stationierung amerikanischer Truppen zustimmte – all dies stellte eine

Abkehr von den bellizistischen Neigungen dar, die die deutsche Politik jahrzehntelang ausgezeichnet hatten. In den Augen vieler Deutscher, darunter Konrad Adenauer, Bundeskanzler von 1949 bis 1963, erschöpfte sich diese außenpolitische Neuorientierung nicht in wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen oder antisowjetischen Aspekten, sondern war ein wesentliches Element der Demokratisierung. Durch die Beteiligung an einer breiten transnationalen Allianz konnten die Deutschen demnach ein neues nationales Sendungsbewusstsein aufbauen und Demokratie mit internationalem Ansehen und Sicherheit verbinden.<sup>13</sup>

Da Emigrantinnen und Emigranten im Exil an den amerikanischen Kriegsanstrengungen teilgenommen hatten, kannten sie nicht nur die deutsche Kultur, sondern auch das amerikanische Establishment. Sie agierten als Vermittler zwischen diesen zwei Welten und beförderten den amerikanisch geleiteten Wiederaufbau und die antikommunistischen Anstrengungen in Europa auf eine vertraute, auf nationale Traditionen rekurrierende Weise. Indem sie das Bündnis mit dem Westen aus »natürlichen« Ähnlichkeiten zwischen Deutschland und anderen Ländern herleiteten, trugen sie zur Zügelung des ausgeprägten deutschen Nationalismus und Imperialismus zugunsten supranationaler Verpflichtungen bei. Ihre einzigartige Position war sowohl den amerikanischen Behörden als auch der Bundesregierung bewusst und beide ermutigten sie zu einer Ausweitung ihres Engagements; staatliche Institutionen und private Programme brachten sie regelmäßig nach Deutschland und gaben ihnen Wirkungsmöglichkeiten in wichtigen Bildungs- und Kulturinstitutionen. Dabei dienten sie oft als eine Art Bindegewebe – als zentrale Akteure, die die Demokratisierung des eigenen Landes mit dem Aufbau der westlichen Allianz verknüpften. Sie bildeten den Kern der deutsch-amerikanischen Symbiose.

## Die geistigen Fundamente der Nachkriegszeit:

### Das Unbehagen in der Weimarer Republik

Die Revolution, die Deutschland im November 1918 erschütterte, den Ersten Weltkrieg beendete und mit der Weimarer Republik zur Gründung der ersten deutschen Demokratie führte, besaß für Zeitgenossen ganz unterschiedliche Bedeutungen. Für die Arbeiter und Soldaten, die in Berlin, München und ganz Deutschland öffentliche Gebäude stürmten, war sie nach vier elenden Jahren eines sinnlosen Krieges ein Moment der Hoffnung. Die Absetzung des Kaisers und die Gründung einer Republik sollten nach ihrer Überzeugung die Macht des herrschenden preußischen Adels brechen, politische Gleichheit herbei-

führen und den Krieg beenden. Für Konservative und Nationalisten hingegen war die Revolution gleichbedeutend mit dem Untergang Deutschlands. Die Abschaffung der Monarchie und die darauf folgende Kapitulation gegenüber den Alliierten waren für sie das schmachvolle Ende eines jahrzehntelangen Strebens nach Macht und Ruhm auf der Weltbühne. Für deutsche Intellektuelle wiederum warf die Weimarer Republik ebenso viele Fragen auf, wie sie beantworten sollte. Sie zog lebhaft Debatten über Grundfragen demokratischer Politik nach sich, etwa über die Quellen politischer Legitimität und die Rolle von Sozialstaat, Religion und Bildung in einem demokratischen Gemeinwesen. Für Friedrich, Fraenkel, Gurian, Loewenstein und Morgenthau waren die Novemberrevolution – einer »der denkwürdigsten, furchtbarsten Tage der deutschen Geschichte«, wie ein Zeitgenosse meinte<sup>14</sup> – und die durch sie ausgelösten politischen und intellektuellen Debatten der Motor, der ihre gesellschaftspolitischen Ambitionen antrieb.

Die Gründung der ersten deutschen Demokratie erfolgte vollkommen unerwartet. In den Jahren zuvor hatten sich zwar Streiks und Demonstrationen gegen den zunehmend unpopulären Krieg ausgebreitet, mit einer revolutionären Dynamik hatte allerdings niemand gerechnet. Auch wenn der Kaiser, der preußische Adel und das Militär den Offenbarungseid hatten leisten müssen, verlangten nur wenige die vollständige Abschaffung der Monarchie. Als der SPD-Politiker Philipp Scheidemann am 9. November 1918 vom Balkon des Reichstags die deutsche Republik ausrief, tat er dies spontan und ohne Absprache mit der eigenen Partei. Seine Proklamation sollte aufgebrachte Demonstrantinnen und Demonstranten, die die Abdankung des Kaisers forderten, beschwichtigen, doch nachdem die Soldaten- und Arbeiterunruhen rasch ganz Deutschland erfasst hatten, war die Revolution nicht mehr aufzuhalten. Der Kaiser floh mit seiner Familie aus dem Land, Revolutionäre übernahmen den Staat und verkündeten das Ende des Krieges. Binnen eines Jahres erstellte eine Koalition aus Sozialdemokraten, Katholiken und Liberalen die demokratische Weimarer Verfassung, nach der die Macht beim Volk lag. In den vierzehn Jahren ihres Bestehens eröffnete die Weimarer Republik mit der rechtlichen Gleichstellung von Frauen sowie aller Konfessionen und dem Aufbau eines umfassenden Sozialstaats neue demokratische Horizonte; sie untergrub traditionelle Vorstellungen von einer göttlichen Legitimität der Monarchie und des Adels und ermöglichte politisch wirkenden Juden, Sozialisten und Katholiken erstmals die Bekleidung einflussreicher Ämter. Selbst ihre Gegner erkannten an, dass die Republik einen fundamentalen Bruch mit der Vergangenheit darstellte und Deutschland nie mehr zur Monarchie zurückkehren würde. Der November 1918, notierte der Essayist René Schickele, werde »unvergesslich bleiben«.<sup>15</sup>

Die Novemberrevolution eröffnete allerdings auch eine von Elend und Angst geprägte Dekade, die die Nation zu zerreißen drohte. Im Jahr 1919 zwangen die alliierten Sieger Deutschland zur Unterzeichnung des demütigenden Versailler Vertrags, der erhebliche Gebietsverluste, drakonische Reparationszahlungen und die Besetzung von Regionen im Westen des Landes vorsah. Die Last dieses Vertrags war für die junge Republik sehr schwer. Aus Sicht von Millionen Deutschen, die in den Worten Erich Maria Remarques »vom Kriege zerstört wurde[n] – auch wenn sie seinen Granaten entkam[en]«,<sup>16</sup> konnte die Republik diese Hypothek nicht loswerden. Hinzu kamen in den folgenden Jahren wirtschaftliche Katastrophen wie die Hyperinflation, die die Ersparnisse von Millionen Menschen zunichtemachte, sowie wiederholte Putschversuche und Wellen von politischen Attentaten. Die Republik war vom Erstarken revolutionärer Kräfte geplagt, die die Gesellschaft mit Gewalt verändern wollten: Auf der Linken strebte die neue Kommunistische Partei eine bolschewistische Diktatur an, die das Privateigentum und demokratische Institutionen abschaffen sollte; auf der Rechten blühte eine ultranationalistische Ideologie auf, die eine neue »völkische« und »rassische« Ordnung und abermalige imperialistische Expansion versprach. Beide stellten die Legitimität der Republik offen infrage und unternahmen immer wieder gewaltsame Umsturzversuche. In der Weimarer Ära war Deutschland polarisierter, von mehr Gewalt geprägt und unruhiger als jemals zuvor. Mit einer Mischung aus utopischen Visionen und apokalyptischen Ängsten verkörperte Weimar das »Zeitalter der Extreme«.<sup>17</sup>

Zwar bestand nun erstmals eine Demokratie in Deutschland, doch wie tief das demokratische Denken damals tatsächlich reichte, ist in der Geschichtswissenschaft Gegenstand ausgiebiger Kontroversen geworden. Das Ausmaß von Unmut und Enttäuschung, das die Republik hervorrief, und der geringe Widerstand gegen ihre Zerstörung haben viele dazu veranlasst, den verhängnisvollen Untergang der deutschen Demokratie im Jahr 1933 auch auf das Fehlen einer soliden geistigen Grundlage zurückzuführen. Die traumatische Niederlage im Ersten Weltkrieg und die chronische Instabilität der Republik erschütterten demnach zutiefst den Glauben der Deutschen an den Fortschritt, das friedliche politische Leben und das liberale Selbstvertrauen. Aufgebaut auf nunmehr diskreditierten Überzeugungen, schien die liberale Weltanschauung ausgebrannt; der Zerfall der Monarchie und des traditionellen Machtgefüges setzte laut dieser Deutung intellektuelle Kräfte frei, die zwar Neuerungen auf dem Feld von Ästhetik, Literatur und Philosophie hervorbrachten, nicht aber die geistige Lähmung der deutschen Demokratie zu überwinden vermochten. Deren Sturz im Jahr 1933 war somit, wie ein Historiker formuliert hat, »teilweise durch den Niedergang der [...]



kulturellen und geistigen Formen« des Liberalismus nach dem Ersten Weltkrieg eingeläutet worden.<sup>18</sup>

Was diese Interpretation der Weimarer Republik und ihres Zusammenbruchs übersieht, ist das breit gefächerte Spektrum an demokratischen Theorien, Debatten und Projekten, die damals entstanden; anders als im kollektiven Gedächtnis verankert, war Weimar keine »Demokratie ohne Demokraten«. In den 1920er und 1930er Jahren unternahmen Intellektuelle eine ganze Reihe von Anstrengungen, um die fragilen geistigen Grundlagen der Republik zu stärken. Die Protagonisten dieses Buches legten in etlichen Publikationen neue demokratische Theorien und Begrifflichkeiten vor, mit denen sie im Unterschied zu früheren Denkern nicht bloß bescheidene Reformen forderten, die den Kreis der Wahlberechtigten erweitern sollten, sondern eine auf gewählten Amtsträgern beruhende Demokratie zum einzigen politischen System erklärten, das wirklich Legitimität besaß.<sup>19</sup> Um ihre Ideen in die Praxis umzusetzen, bauten sie zudem zahlreiche Einrichtungen auf: In Heidelberg, Berlin, Frankfurt am Main und München entstanden Bildungszentren für Studierende und Erwachsene sowie kulturelle Austauschprogramme, die alle die Stabilisierung des Weimarer Staates zum Ziel hatten. Auch wenn diese Bemühungen keinen Eingang in das gesellschaftlich dominierende Denken der 1920er Jahre fanden und vom Gros der Intellektuellen und politischen Theoretiker nicht unterstützt wurden, bildeten sie ein wichtiges Element der damaligen Geisteslandschaft. Eine Darstellung des Weimarer Denkens, die diese demokratischen Vorreiter und ihre Ideen nicht berücksichtigt, bleibt lückenhaft.<sup>20</sup>

Statt sich in abstrakten Reflexionen zu erschöpfen, sollten diese Anstrengungen zur Stärkung der Republik Antworten auf konkrete und überaus dringliche politische Fragen bieten. Jeder der fünf hier vorgestellten Intellektuellen setzte sich als junger Mann mit einem der zentralen Probleme auseinander, die Deutschlands Übergang zur Demokratie aufwarf. Wie zum Beispiel konnte Weimar eine demokratische Führungsschicht hervorbringen, nachdem die wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Eliten so lange die Monarchie unterstützt hatten? Welche Beziehung bestand zwischen ökonomischen Strukturen und politischen Rechten, und war die Demokratie zu einer egalitären Umverteilung des Reichtums verpflichtet? Welche Rolle sollte die Religion in der neuen Demokratie spielen; stärkte oder schwächte die Trennung von Staat und Kirche Deutschland? Wie sollte die junge Republik mit Kräften wie den Kommunisten und den extremen Nationalisten umgehen, die ihren Umsturz forderten? Und wie sollte sie ihr Verhältnis zu anderen Ländern gestalten – durch Kooperation oder imperiale Konkurrenz? Jede dieser Fragen löste unter Intellektuellen und Politikern heftige Debatten aus.

Auf ihrer Suche nach konkreten Antworten trafen prodemokratische Denker neuralgische Punkte in der politischen Kultur Deutschlands.

Auch wenn sich Friedrich, Fraenkel, Gurian, Loewenstein und Morgenthau auf ein jeweils anderes Dilemma demokratischer Politik konzentrierten, da sich ihre Fragestellungen aus unterschiedlichen politischen, religiösen und geistigen Prägungen ergaben, teilten sie letztlich eine grundlegende Überzeugung: Die Demokratie war Deutschland, anders als Nationalisten behaupteten, weder von ausländischen Mächten aufgezwungen worden noch ein Ergebnis seiner Schwäche und Demütigung. Wie sie geradezu fieberhaft nachzuweisen versuchten, gingen Gewaltenteilung, Wahlen und die Partizipation unterschiedlicher Gruppen an einem friedlichen politischen Wettstreit vielmehr auf die Geistesgeschichte und Traditionen des eigenen Landes zurück. Auch die Behauptung, dass die Demokratie eine Spaltung der Nation bewirke, wiesen die jungen Verteidiger der Republik zurück. Das Ziel von Politik sahen sie nicht in nationaler Einheit und Homogenität, sondern in einem dynamischen Wettbewerb zwischen Parteien und Vereinen. Durch ihren pluralistischen Rahmen erlaubte die Demokratie ein gedeihliches Zusammenleben vielfältiger Gruppen; sie gab Bürgern die Möglichkeit zu kollektiver Interessenvertretung, gemeinsamem politischen Handeln und der Bildung von Koalitionen. Während solche Gedanken im 21. Jahrhundert selbstverständlich erscheinen mögen, waren sie in der Geisteslandschaft der Weimarer Republik geradezu bahnbrechend. Sie begründeten ein neues Politikverständnis und stellten ein geistiges Arsenal bereit, das deutschen Leserinnen und Lesern bislang unbekannt war.

Was dieses Plädoyer für freien politischen Wettstreit allerdings deutlich einschränkte, war ein ausgeprägter Antikommunismus. Schon lange vor dem Kalten Krieg war die deutsche Gesellschaft über Klassen, Regionen und politische Lager hinweg von der Furcht vor kommunistischer Herrschaft durchdrungen. Der Schock der bolschewistischen Oktoberrevolution von 1917, gefolgt von der Gründung militanter kommunistischer Parteien in ganz Europa, ließ die Angst umgehen, die Kommunisten könnten bald die Macht übernehmen, das Privateigentum abschaffen, traditionelle gesellschaftliche Hierarchien zerstören und mit Gewalt die Religion unterdrücken. Die fünf Hauptfiguren dieser Studie betrachteten den Kommunismus als eine besonders große Gefahr, da er ausdrücklich auf die Zerstörung ihrer demokratischen Visionen zielte: Wahlen und Gewaltenteilung wurden von deutschen Kommunisten in den 1920er Jahren als eine bloße Verschleierung der bürgerlichen Klassenherrschaft offen abgelehnt. Somit war die Demokratie permanent durch Kräfte im In- und Ausland bedroht und der Fortbestand ihrer Institutionen erforderte eine ständige Mobilisierung und neuartige